

besser und billiger verkaufen müßten als sonst, um den Absatzmarkt auf dem flachen Lande für sich zu gewinnen". Er behauptet ferner, daß die Opposition völlig im Unrecht wäre, wenn sie behauptet, daß ausschließlich die Planwirtschaft etwas ändern werde. Woraufhin ihm der Oppositionsredner Pjalakow antwortet, daß die Schaffung eines strengsten, planmäßigen Wirtschaftssystems die erste Aufgabe der Staatswirtschaft wäre, um sie dem Privatkapital gegenüber aufrecht zu erhalten.

Die Staatsunternehmen besitzen keine feste Form, die Staats trusts stehen abgesondert von der Gesamtwirtschaft da, dies muß geändert werden, denn sonst werden die Perspektiven für eine sozialistische Wirtschaft ungünstig. — Die bestehende Preisregulierung führt nicht zur Verbindung der Industrie mit der Bauernschaft, sondern nur zur Bereicherung der Vermittler. — Die Hauptursache der Wirtschaftskrise liegt in der industriellen Unterproduktion und landwirtschaftlichen Überproduktion. — Eine aktive Bilanz mit ausländischen Anleihen und eine Konzessionspolitik sind nicht miteinander in Einklang zu bringen.

Preobraschenski erweitert diese Feststellungen noch durch seine Ausführungen, daß das "Privatkapital im Wachsen begriffen ist. Es hatte in einem Jahre ungefähr 200 Millionen Profit und wetteifert jetzt mit dem Staat um die Eroberung des Bauernmarktes".

Krassin stellt die Ausnutzung der Außenkredite auf die Tagesordnung und schlägt vor, in den Wirtschaftsplan den Wiederaufbau der Industrie und Landwirtschaft mit Hilfe des Auslandskapitals vorzusetzen.

Motow (Zentrale) wirft noch einmal auf: "Die Opposition spiegelt die Kinderkrankheit der linken Kommunisten vom Jahre 1918 wieder. Lenin schrieb seinerzeit eine ausgezeichnete Broschüre". (Und Hermann Gorter antwortete in einem ausgezeichneten offenen Brief an Lenin, der seine Auffassung über dessen "linke Kinderkrankheit" glänzend widerlegt.)

Der Oppositionsvertreter Kassior erklärt: "In der ersten Hälfte des Jahres 1923 ist keine Besserung in der ökonomischen Lage der Arbeiter zu verzeichnen. Es ist unrichtig, die Lage der Arbeiter lediglich auf Grund der Lohnhöhe zu beurteilen. Nur strengste Planwirtschaft gibt die Möglichkeit weiterer Befriedigung der Arbeiter." (Fortsetzung folgt.)

Die Entwicklung zur K.A.P.-Taktik in Rußland. Die nationale Frage. (Schluß)

Der verderbliche Einfluß der Politik der herrschenden Gruppe der R.K.P. (B) zeigte sich besonders scharf auch in der nationalen Frage. Für jede Kritik und jeden Protest endlose Verbannungen (planmäßige Verteilung der Parteiarbeiter). Ernennungen die manchmal geradezu selbstherrlichen Charakter haben (absolut nicht populäre Leute, die das Vertrauen ihrer örtlichen Genossen nicht besitzen), Befehle nach Republiken, die Jahrzehnte und Jahrhunderte unter dem hemmungslosen Druck der Romanows, die die herrschende großrussische Nation verkörpern, gestanden haben; solche Befehle erwecken nur mit neuer Kraft die chauvinistischen Tendenzen in den breiten, wärktigen Massen und finden ihren Weg auch in die örtlichen nationalen Organisationen der kommunistischen Partei. Der sozialistische Umsturz in diesen Sowjetrepubliken ist zweifellos von den örtlichen Kräften vollzogen worden, von dem örtlichen Proletariat mit der aktiven Unterstützung der Bauernschaft. Und wenn diese oder jene kommunistische Partei einer anderen Nation notwendige und wichtige Arbeit geleistet hat, so war es bloß eine Unterstützung der örtlichen Organisation des Proletariats und der Bauernschaft im Kampfe gegen die örtliche Bourgeoisie und ihre Helfershelfer. Aber nach der Durchführung der Revolution ignoriert die Parteipraxis der herrschenden Gruppe in der R.K.P.(B), die hauptsächlich auf dem Mißtrauen zu den örtlichen Instanzen basiert, die örtliche Erfahrung und zwingt den nationalen kommunistischen Parteien verschiedene Aulpasser, oft anderer Nationalitäten, auf, was die chauvinistischen Tendenzen noch mehr hervorhebt und auf die arbeitenden Massen den Eindruck einer Okkupation dieser Gebiete macht.

Die Durchführung der Prinzipien der proletarischen Demokratie beim Aufbau der örtlichen Partei- und Staatsorganisationen wird die Wurzel des Mißtrauens der Arbeiterklasse und Bauernschaft einer Nation zu der anderen Nation vernichten.

Aber die Durchführung dieser "Einheitsfront" in den Republiken die den sozialistischen Umsturz herbeigeführt haben, die Durchführung der proletarischen Demokratie, ist gleichbedeutend mit der Organisation nationaler, kommunistischer Parteien, die in der internationale gleiche Rechte wie die R.K.P.(B) besitzen und eine besondere Sektion der Internationale bilden. Aber da alle sozialistischen Republiken manche Aufgaben gemeinsam haben und in ihnen allen die kommunistische Partei eine führende Rolle spielt, so müssen zur Besprechung und Entscheidung der allgemeinen Fragen der Werktätigen aller Nationalitäten des Verbandes der Sozialistischen Sowjetrepubliken periodische Parteikongresse aller Parteien einberufen werden, die

zwecks ständiger Arbeit eine Exekutive der Kommunistischen Parteien der SSR bilden.

Solch ein organisatorischer Aufbau der Kommunistischen Parteien der SSR kann und wird zweifellos irgendwelches Mißtrauen zwischen dem Proletariat von Grund auf vernichten und außerdem ist er von größter Bedeutung für die Agitation der Kommunistischen Bewegung in allen Ländern.

Die ganze Behandlung dieser Frage durch die Genossen der russischen Opposition zeigt überall deutlich, daß nur eine in Gesamtluß zusammengefaßte, von der bestehenden R.K.P. losgelöste und allein die proletarische Klasse bewußt vertretende neue Partei proletarisch-revolutionär die Fragen erfassen und danach handeln kann.

Nicht darin besteht der Fehler der Regierungskommunisten, daß sie zu wenig Rücksicht auf chauvinistische Tendenzen und Lokalpatriotismus nehmen, sondern darin, daß sie nicht im Stande sind (aus Gründen ihrer Gesamtpolitik) überall die proletarischen Kräfte wirklich zu entbinden und einheitlich zum Klassenkampf zusammenzuführen.

Aus der Partei. Bericht von der Zentralaussetzung der K. A. P. vom 1. bis 3. März.

- Tagesordnung:
1. Organisatorisches.
 - a) Tätigkeitsbericht des H. A.
 - b) Berichte aus den Bezirken.
 - c) Presse.
 2. Politische Lage.
 3. Taktik der Partei und Union.
 4. Programm.
 5. Internationale.
 6. Verschiedenes.

Durch Delegation waren 5 Bezirke vertreten, außerdem der H. A. durch die K. A. I. und der R. A. A. der A. A. U.

Der Tätigkeitsbericht des H. A. schloß sich an die politischen und wirtschaftlichen Vorgänge der letzten Monate in Deutschland an. Die wirtschaftlichen Zusammenbrüche zwingen die Bourgeoisie zur verstärkten Niederhaltung der proletarischen Klasse. Rücksichtsloser Ausnahmezustand gegen das revolutionäre Proletariat hat auch die Partei etwas geschädigt. Die ungeheure Arbeitslosigkeit ist das Ergebnis. Die deutsche Bourgeoisie versucht durch Ausschaltung des Parlamentarismus und Schaffung von unumschränkten Vollmachten für die Regierung dem kapitalistischen Zusammenbruch entgegenzutreten. Der klägliche Ausgang der Arbeiterregierungsperiode in Sachsen-Thüringen wird heilend in den Köpfen der Proletarier wirken. Der H. A. hat zu allen Vorkommnissen Rundschreiben an die Mitglieder gesandt. Jedoch haben die Ortsgruppen zu wenig darauf reagiert. In letzter Zeit ist Besserung eingetreten. Die Arbeitslosigkeit drückt wie auf alle proletarischen Organisationen auch auf die K. A. P. Die letzte Organisationskrise hatte in einigen wenigen Orten Verwirrung angerichtet, doch sind diese wieder vollständig behoben. Die Leipziger Komödie eines Halbverrückten ist schnell zusammengebrochen.

Die Berichte aus den Bezirken ergaben im großen und ganzen das vom H. A. gegebene Bild. Die Berliner Richtung ist fast überall im Zerfall. Die Kräfte müssen nach guter Läuterung für uns gewonnen werden. Zur Jugendfrage wurde festgestellt, daß sie in letzter Zeit etwas vernachlässigt worden ist. Die Aussprache ergab, daß eine selbständige Jugendorganisation nach wie vor von der K. A. P. abgelehnt wird. Die Jugend ist im Rahmen der Partei eine Union genau wie alle anderen Proletarier zusammen zu fassen. "Die K. A. Z. hat in einigen Spalten die Jugendfrage besonders zu behandeln. Alle jugendlichen Parteigenossen sind zur Mitarbeit heran zu ziehen." Weiter wurde die Ortsgruppe Essen verpflichtet, einen Jugendgenossen in den H. A. zu wählen.

Zur Pressefrage wurde hervorgehoben, daß das unregelmäßige Erscheinen der K. A. Z. hauptsächlich auf das Konto der Erwerbslosigkeit zu buchen ist. Der Ausnahmezustand erschwert das Erscheinen, konnte es aber nicht verhindern. Die Mitarbeit ist noch schwach. Die Abrechnung der zugestellten Exemplare läßt zu wünschen übrig. Die Verbreitung der Zeitung muß intensiver betrieben werden. Ein Antrag der Ortsgruppe Gotha, daß jedes K. A. P.-Mitglied verpflichtet wird, mindestens 5 Exemplare der K. A. Z. zu verkaufen, wurde angenommen. Ein weiterer Antrag Berlins wurde angenommen:

"Da die Mittel zur regelmäßigen Herausgabe unserer Zeitung von seiten der Mitgliedschaft nicht aufgebracht werden können, aber die Herausgabe von Druckerzeugnissen unbedingt notwendig ist, schlagen wir folgendes vor: Während der Zeit, in der das Erscheinen unserer Zeitung aus finanziellen Gründen nicht möglich ist, sind Flugblätter und Informationsberichte herauszugeben. Diese Kosten müssen von den einzelnen Ortsgruppen getragen werden."

Ein Antrag Spandaus wurde ebenfalls angenommen. Er lautet: "Die Pressekommission übernimmt die redaktionelle Endkontrolle der einlaufenden Artikel und ist in ihrer Gesamtheit dem Hauptausschuß und der Partei gegenüber verantwortlich."

Über die Politische Lage referierte ein Genosse des H. A. Das Referat erscheint als Sonderartikel.

Bei der Aussprache über Taktik wurde hauptsächlich die Frage der Aktionsausschüsse diskutiert. Die rev. Aktionsausschüsse sind von der K. A. P. ständig zu propagieren. Die Wahl zu ihnen hängt von örtlichen Verhältnissen ab. Die Partei hat vorzichtig zu handeln, um eine Versumpfung der Aktionsausschüsse durch die reformistischen Organisationen zu verhindern.

Zur Programmfrage wurde nachfolgender Antrag angenommen:

"Die Delegierten des Zentralaussetzungen verurteilen aufs schärfste, daß die Programmkommission ihrem Auftrage gemäß nicht den Programmwurf vorliegen hat. Sie sehen das als Schädigung der Organisation an und werden bei nochmaliger Verletzung zu organisatorischen Maßnahmen gezwungen sein."

Es besteht die Verpflichtung, den Entwurf bis zum 1. April vorzulegen.

Zur internationale wird beschlossen:

"Das E. K. muß entschiedener alle auftauchenden Fragen behandeln und den Charakter als Körperschaft mehr wahren. Zu allen wichtigen politischen Ereignissen muß das E. K. durch Aulose Stellung nehmen. Zur Inforierung über die internationalen Vorkommnisse müssen von den einzelnen Landesorganisationen ständig Berichte gegeben werden."

Unter Verschiedenes wurden hauptsächlich Unterstützungs-Angelegenheiten behandelt. Mehr Aktivität muß die Gesamtorganisation auf diesem Gebiete zeigen.

Die kommenden Reichstagswahlen verlangen eine starke Anliwahlpropaganda. Die Redner müssen evtl. zwischen den einzelnen Bezirken ausgetauscht werden.

An die einzelnen Bezirke und Ortsgruppen wird es liegen, daß alle Anregungen der Delegierten guten Boden finden.

Fortsetzung v. d. I. S.: Was ist zu tun.

Sie hat die historische Pflicht, mit aller Kraft diese Zeit auszunützen, die Vorbedingungen zu schaffen, organisatorisch und geistig, für ein neu erwachendes Proletariat.

Nicht mit marktschreierischen, sondern mit geklärt und vertiefter Propaganda ist aufzutreten. Die Endphase des kapitalistischen Systems ist von den Grundlagen aus darzulegen. Die großen Prinzipien des K.A.P.-Programms, wie sie am deutlichsten in der Union praktisches Leben werden, der revolutionäre Rätegedanke, sind eingehend und immer erneut zu begründen.

Das Proletariat in seiner Niedergeschlagenheit, mit den Schutzhäuten der 2. und 3. Internationale vor Augen, wird empfänglicher als je werden für den Gedanken der Klassenbewußtseinsentwicklung. Immer und immer wieder ist das Positive in den Vordergrund zu stellen. Darüber hinaus ist folgendes zu berücksichtigen:

Es besteht die Gefahr, daß bei der fortschreitenden Zersetzung der Parteien der 2. und 3. Internationale in allen Ländern sich neue Gruppen, Organisationen, Parteien bilden, die sich als Zwischenglieder zwischen die 3. Internationale und die K.A.I. schieben, teilweise sicher mit einem der K.A.I. ähnlichen Programm. Denn die allgemeine Entwicklung muß zum Programm der K.A.I. werden.

Ungenügende Propaganda kann hier viel verschulden. Diesen Propegand gilt es aufzufangen, sie zu verhindern, daß bei Beginn der neuen Phase das Proletariat sich nicht erneut gegenseitig zerfleischt, anstatt es geeint und erfahren auf das Ziel hinsteuert.

K.A.P. und Union müssen sich vorbereiten, in einer solchen Periode das wirkliche Sammelbecken aller revolutionären Klassenkräfte zu werden.

Das ist nur möglich, wenn die K.A.I. zur Hilfe kommt. Gerade in dieser Periode der Stagnation wird sie darauf bedacht sein müssen — sie hat zum ersten Mal die besten Vorbedingungen dazu ihren inneren Zusammenhang zu festigen und gegenseitige Unterstützung zu üben, vor allem auch ideeller Natur.

In wenigen Monaten muß die K.A.I. einen Kongreß haben, der sich der Beratung dieser Fragen widmet. Eine feste schnelle Verbindung tut vor allem not zwischen der deutschen und der holländischen K.A.P.

Für die holländische Partei beginnt eine Zeit größter Verantwortlichkeit.

Sie wird das begreifen und ihre innere Einheit herzustellen wissen.

In Westdeutschland wird ein gemeinsames Zentrum sein müssen.

Es ist keine Phrase, sondern Wahrheit: Die K.A.I. rückt in die Front. Die proletarische Klasse will sie, und soweit sie sie noch nicht kennt, ersehnt sie sie. Aber sie muß ihrer Aufgabe auch gewachsen sein. Dazu bedarf es der Hilfe aller der ideellen und materiellen Kräfte der Union, wie aller kommunistischen Arbeiter-Parteien in Deutschland, Holland und England, in Bulgarien, Österreich und Rußland.

Versandstelle für den Inhalt: Otto Rausche, Nolln 4. Nr. Verlag: Fritz Wagners, Mühlentempel, Berlin. Druck: Buchdruck-Verlag & Schöndorfer, Berlin.

Kommunistische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands
Angeschlossen der Kommunistischen Arbeiterinternationale

Das Ende der Gewerkschaften.

Die Oekonomie war bis heute noch stets der revolutionäre, ausdauernde Faktor in der Geschichte. So zwingt die heutige Oekonomie die Bourgeoisie zu den Mitteln zu greifen, die eigentlich eine wirkliche Klassenrevolution des Proletariats gewährleisten.

Die Bourgeoisie greift zu diesen Mitteln aus zwei Gründen. Der erste Grund ist rein rationeller Natur. Die heutige Oekonomie verlangt die Zurückverlegung des Klassenkampfes, das heißt der Unterdrückungsmaschine sowie der proletarischen Tatkraft für unsere Betreibung in dem Betrieb. Also weg von allen Verhandlungen am grünen Tisch, weg vom Parlament! Hinein in die Betriebe, wo der Klassenkampf am unerbitlichsten wütet, hinein in den Betrieb, wo Sieg oder Niederlage einer jeden Klasse besiegelt wird. Der andere Grund der Bourgeoisie ist wohl der, die wahren das heißt die einzig wirksamen Klassenkampfmittel stumpf zu machen. Und wodurch werden diese stumpf gemacht? Durch die Legalität jeder Handlungsweise. So wurden die Gewerkschaften während des Krieges, die Betriebsräte nach dem Kriege durch ihre Verankerung in der Weimarer Verfassung stumpf gemacht.

Natürlich gibt es in der Bourgeoisie genau so wie in den Arbeiterorganisationen rückständige Elemente, die nie die Notwendigkeiten der Geschichte einsehen können, die nie mit den rückständigen Traditionen brechen können. So geht auch heute der Kampf um diese Formen innerhalb der Bourgeoisie.

In Berlin lagte die deutsche Industrie. Lesen wir den Bericht der Vossischen Zeitung:

In der Form zurückhaltender, aber in der Sache nicht minder scharf waren die Ausführungen, die der Vorsitzende der Arbeitgebervereinigung, Geheimrat Ernst von Borsig, über "Industrie und Sozialpolitik" machte. Es ist kürzlich an dieser Stelle ausführlich dargelegt worden, wie kritisch gegenwärtig die sozialpolitische Situation ist. Die Zentralarbeitsgemeinschaft, die in den Revolutionstagen von 1918 zwischen den Spitzenverbänden der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmer-Organisationen gebildet wurde, liegt heute in Trümmern. Der Kampf um die Verlängerung der Arbeitszeit ist noch im Gange, und dazu kommt als neues Streitobjekt die Regelung des Schlichtungswesens. Die Arbeitgeberverbände bekennen sich zwar — das betonte auch Geheimrat von Borsig gestern wieder — zu dem Gedanken der Arbeitsgemeinschaft und zu dem Gedanken des Koalitionsrechtes, aber als Äquivalent verlangen sie völlige Koalitionsfreiheit für beide Parteien, und möglichst große Zurückhaltung des Staates. Es liegt nun aber einmal im Wesen der Sozialpolitik, daß sie sich mit dem allen manchesterlichen Freiheitsideal nicht immer verträgt, und die sozialpolitische Aufgabe des Staates ist es gerade, dort einzugreifen, wo die freie Betätigung des Stärkeren den Schwächeren zu erdrücken

droht. Auch hier kann sich, unseres Erachtens, der Staat nicht auf die Nachwächterrolle beschränken, die ihm in dem Programm der Arbeitgebervereinigungen zugeordnet ist.

Die Arbeiter sollten es sich aber auch in ihrem eigenen Interesse überlegen, ob der Weg, den sie jetzt einschlagen im Begriff sind, der richtige ist. Unverkennbar machen sich jetzt in manchen Arbeitgeberorganisationen Bestrebungen geltend, von großen, für ganze Bezirke oder für das ganze Reich geltenden Tarifverträgen loszukommen und statt dessen zu Werkverträgen überzugehen. Die Werkgemeinschaft zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern desselben Betriebes ist ethisch gewiß etwas erstrebenswertes, aber sie zur Grundlage eines neuen Lohnsystems zu nehmen, hat doch auch seine Schattenseiten.

Man vergesse nicht, daß die großen Gewerkschaften, wie sie sich in Deutschland herausgebildet haben, auch wenn sie nach außen hin als Vertreter des Klassenkampfgedankens oder doch als reine Interessen-Organisationen auftreten, doch zugleich stärkste Sicherung des Arbeitsfriedens bilden. Nimmt man den Gewerkschaften ihr Betätigungsfeld im Tarifwesen, so besteht die Gefahr, daß in Deutschland, ebenso wie in den romanischen Ländern, die unionistische Bewegung an den Betrieb gebundene Form der Arbeiterorganisation an Bedeutung wächst. Und was für Unruhe der revolutionäre Syndikalismus in den Betrieben hervorruft, dafür gibt es gerade in jüngster Zeit wieder in Frankreich abschreckende Beispiele. Dazu kann man sich wohl darauf verlassen, daß ein deutscher Syndikalismus „gründlicher“ wäre, als es der französische oder der italienische ist.

Es ist für uns ja klar, daß diese Leute von Syndikalismus und A.A.U. keine Ahnung haben. Aber geschichtlich gesehen sind hiermit die Gewerkschaften erledigt.

Dies zeigt aber nur allzu deutlich, wie reaktionär die V.S.P. und K.P.D. sind. Die K.P.D. wird jetzt auf ihre Betriebsräte sich stützen, die vollständig reformistisch sind und nur um höhere Löhne kämpfen.

Unsere Aufgabe wird es aber sein, den Klassen-genossen klar aufzuzeigen was ist. An Hand dieser Tatsachen haben wir zu zeigen, daß die B.O., die A.A.U. in Verbindung mit der K.A.P. dazu berufen ist, das Proletariat auf den richtigen Klassenkampfweg zu führen.

Der Kommunistischen Arbeiter-Internationale fällt die Aufgabe zu, den ausländischen Klassen-genossen an Hand der Entwicklung zu zeigen, daß Gewerkschaften und Parlament ein Unsinn geworden sind.

Die K. A. I. wird dem Weltproletariat zeigen, daß allein ihre Kampfesweise und ihr Ideengehalt fähig ist, dieses kapitalistische System zu stürzen.

Der Hitlerprozeß — der Prozeß der deutschen Republik.

Die nachfolgenden Ausführungen sind die Einleitung einer soeben herauskommenen Flugschrift.

Unter der Fülle politischer Prozesse der Nachkriegszeit steht der Hitlerprozeß durch Form wie Inhalt einzig da. Er ist der Prozeß, der der deutschen Republik gemacht wird, d. h. der deutschen Republik in ihrer gegenwärtigen Gestalt, der Republik, in der das Kleinbürgertum, noch nicht auf den Reichtümern geschleudert ist, auf den es gehört.

Bei diesem Prozeß ist allerdings nicht wesentlich, daß jeder Narr ihn als Satyre, als Tragikomödie oder als Hanswurstdiade behandeln kann, daß die Agitatoren aller Parteien noch weniger Gehirn aufzuwenden brauchen als sonst für die kommende Wahlpropaganda. Wesentlich ist, daß alle Akteure dieses Prozesses nur Exponenten stärkerer hinter ihnen stehender Kräfte sind. In welchem Grade die dahinterstehenden Kräfte interessiert sind, in welchem Grade sie sich fühlbar machen, wird rein äußerlich schon sichtbar an der Art der Führung des Prozesses. Wir brauchen nur darauf hinzuweisen, daß Fragen, wie die nach dem staatsrechtlichen Verhältnis zwischen Bayern und dem Reich, nach einer Verbindung zwischen der Reichswehr und den Kampfverbänden mit größter Vorsicht umgangen oder direkt unterdrückt werden. Keiner der hohen Herren vom Gericht scheint sich zu interessieren für den Zusammenhang der Kahr, Lossow, Seißler mit den Herren Minoux Seckt, Stresemann, Claß und Eberl. Keiner wagt eine indirekte Frage über den inneren Zusammenhang zur Bildung des Direktoriums der deutschen Republik. Niemand rührt an die innigen Zusammenhänge der Ehrhardt, Robbach, mit den offiziellen bayrischen und Reichsstellen. Keine indirekte Frage deckt auf, woher die riesigen Gelder zur Unterhaltung dieser Hitlerität stammen, geschweige denn wer die Zeitungen finanziert, die der Bewegung dienen.

Nie — in der deutschen Geschichte der letzten kapitalistischen Jahrhunderte gab ein Prozeß ein derartig deutliches Spiegelbild einer Gesamtweltentwicklung wie dieser Hitlerprozeß. Nicht einzelne Persönlichkeiten marschieren auf, die als Ankläger oder Angeklagte mehr oder weniger deutlich die Klassenjustiz der herrschenden Macht demonstrieren. In diesem Prozeß marschieren auf die deutsche Vergangenheit, wie die deutsche Gegenwart, das internationale Kapital in seiner Einigkeit, wie in seinen inneren Krämpfen. Die alten wie die neuen Klassen-schichtungen treten in überraschender Schärfe zu Tage. Der Prozeß ist nicht minder ein Abbild der historischen Unfähigkeit der deutschen Bourgeoisie und des deutschen Kleinbürgertums wie leider auch ein Beweis dafür, daß das deutsche Proletariat seiner eigenen großen Aufgabe im vergangenen Jahrzehnt sich nicht bewußt geworden ist, sich jedenfalls ihr nicht gewachsen gezeigt hat. Daß der Prozeß in vollkommener Klarheit die Relativität aller moralischen Begriffe, ihre Begrenztheit als Klassenmoral offenbart, versteht sich am Ende von selbst. In diesem Sinne wird der Prozeß zu einem warnenden Menetekel für das Proletariat, sich herauszureißen aus dem wüsten Partei- und Interessengebilde, Klassenbewußtsein zu gewinnen, und dies Klassenbewußtsein Tat werden zu lassen; jene Tat, die es befähigt, mit allen Mitteln seiner an sich riesigen Klassenkräfte ein System zu vernichten, das in die Welt trat „aus allen Poren blut- und schmutztriefend“ und das bereit ist, in Schmutz und Blut eine ganze Welt zu ersenken um den Preis, seinen Todeskampf zu verlängern.

Freilich, in diesem Münchener Prozeß steht nicht nur der Kapitalismus in seiner ganzen höllischen Widerlichkeit vor Gericht, es stehen auch vor Gericht jene Arbeiterorganisationen, die es verschuldet haben, daß das Proletariat hilflos und hoffnungslos dasteht.